

Nachrichten für Naunhof

und Umgegend

(Albrechtshain, Ammelschain Borscha, Vorsdorf, Cicha, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und KleinReinberg, Klinga, Köhra, Lindhardt, Pomßen, Standitz, Therna r.f.w.)
Dieses Blatt ist amtliches Organ des Stadtgemeinderates zu Naunhof; es enthält die Bekanntmachungen des Bezirksverbandes der Amtshauptmannschaft Grimma und des Finanzamtes zu Grimma.

Er erscheint wöchentlich 3 mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nach 4 Uhr
Bezugspreis: Monatlich ohne Anzeigen 1.50 Mk., Post ohne Bestellgeld monatlich 1.50 Mk. Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezücker keinen Anspruch auf Lieferung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die 6spaltige Feilzeile 20 Pfg., amtliche 40 Pfg., Reklamezeile (Bsp.) 50 Pfg., Tabell. Sp. 50%, Aufschlag. Bei unbedeutend geringen Anzeigen, sowie durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen sind wir für Drucker nicht haftbar.

Genrufr: Naunhof Nr. 2.

Druck und Verlag: Güng & Güte, Naunhof bei Leipzig, Markt 2.

Nummer 11

Dienstag, den 26. Januar 1926

37. Jahrgang.

Amtliches.

Stadtverordnetenversammlung.

Donnerstag, den 28. Januar 1926, abends 7 Uhr
Tagesordnung befindet sich im Rathaus am Brett.

Für die bedürftigen Einwohner Naunhofs wird Brennholz zu verbilligten Preisen, aber auch nur in beschränktem Maße abgegeben. Als Bedürftige kommen in Betracht: Minderbemittelte, das sind solche Personen, die keine Einkommensteuer zahlen, namentlich Erwerbslose, unter Umständen auch Kriegsbeschädigte und Kriegsinvaliden.

Anmeldungen auf den Bezug verbilligten Brennholzes sind bis längstens den 30. d. M. im Meldesamt des Rathhauses hier, Zimmer 11 zu bewirken. Frühere Meldungen sind ungültig.
Naunhof, am 25. Januar 1926. Der Stadtrat.

Mittwoch, den 27. ds. Mon. vormittags 11 Uhr sollen in Naunhof eine Schreibmaschine, 1 Schreibtisch mit Aufsatz, 1 Schreibtisch, 2 Stühle und eine Partie gute, antike Möbel meistbietend öffentlich versteigert werden. Vielher jammeln sich daselbst im Saalhaus „Stadt Leipzig“.
Grimma, den 25. Januar 1926. D. 3377, 3264, 3288, 25.
Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Das Reichskabinett setzte den Text der Erklärung fest, welche die neue Regierung vor dem Reichstag abgab.
- * Zum erstenmal seit längerer Zeit hat sich die Handelsbilanz Deutschlands im Dezember 1925 wieder aktiv gestaltet, d. h. die Ausfuhr überwiegt die Einfuhr.
- * Im Reichstag ist ein bestiger Kampf um eine Broschüre entbrannt, die der sozialdemokratische Abgeordnete Dittmann über die Marinereisereien von 1917/18 herausgegeben hat.
- * Der in China verhaftete russische Vahnschwärmer Sjanow sowie andere russische Verhaftete wurden auf das russische Ultimatum hin freigelassen.

Wieder aktive Handelsbilanz.

Angesichts der schweren Wirtschaftskrise, die mit Latenzgeschwindigkeit über uns hereinbrach, war fast mit Sicherheit damit zu rechnen, daß die Entwicklung unserer Handelsbilanz vielleicht den Weg noch schneller fortsetzen würde, den sie bei Beginn dieser Krise eingeschlagen hat und der dahin ging, die deutsche Warenexport über die Einfuhr ausländischer Waren hinaus zu steigern. Das heißt also: Aktiver Verlauf der Handelsbilanz. Das ist im Dezember 1925 zum erstenmal wieder gelungen. Wenn man freilich jetzt die Zahlen sieht, so möchte man den obigen Satz dahin berichtigen, daß man sagt: Hexenunterdrückung der Einfuhr unter die Ausfuhr; denn die Aktivierung der Handelsbilanz hat — man muß sagen, leider — ihren hauptsächlichsten Grund nicht so sehr in einer raschen Steigerung der Ausfuhr, als vielmehr in der Herabsetzung der Einfuhr. Während gegen den November 1925 die Ausfuhr im Dezember etwa die gleiche blieb, ging der Wert der Einfuhr um 130 Millionen zurück. Dabei sind auch andere unangenehme Entwicklungen bemerkenswert. So ging beispielsweise im Dezember der Wert der Fertigarenausfuhr zurück, ebenso der Wert des Rohstoff- und Halbfabrikatexportes. Der Ausgleich wurde nur dadurch erreicht, daß die Ausfuhr von Lebensmitteln und Getränken beträchtlich anstieg. Wenn es auch zu begrüßen ist, daß im Dezember die Einfuhr von Fertigwaren gegen den Vormonat um rund 25% zurückgegangen ist, so ist dieser Rückgang leider auch erfolgt bei dem Rohstoff- und Halbfabrikatimport.

Die reine Wareneinfuhr im Dezember ist nun im ganzen gegen den Vormonat um rund 100 Millionen zurückgegangen und die Fortsetzung dieses Rückganges in dem letzten Monat hat bewirkt, daß die Passivität unserer Handelsbilanz nicht ganz so entsetzlich groß ist, als man es noch in den ersten sechs bis acht Monaten 1925 befürchten mußte. Dem Werte nach betrug die Einfuhr 13 149 766 000 Mark; der Wert der Ausfuhr aber war nur 8 837 983 000 Mark. Was einen Einfuhrüberschuß von rund 4,3 Milliarden Reichsmark bedeutet, davon im reinen Warenverehr 3,6 Milliarden. Aktiv ist in diesen zwölf Monaten nur der Dezember mit 34 Millionen Mark.

Zwei Ursachen sind es ganz besonders, die unsere Handelsbilanz so überaus ungünstig gestalten; das ist die Einfuhr von Lebensmitteln und Getränken in Höhe von über 4 Milliarden, der eine Ausfuhr von nur rund 500 Millionen gegenübersteht, d. h. also, die Einfuhr verhält sich zur Ausfuhr wie 8 : 1. Auch die Rohstoffeinfuhr und der Bezug ausländischer Halbfabrikate zeigt eine gewaltige Differenz; wir haben davon 6,2 Milliarden eingeführt und nur 1,6 Milliarden ausgeführt. Das wirkt ein großes Licht auf den außerordentlichen Rohstoffmangel Deutschlands, wird aber einigermaßen dadurch wettgemacht, daß einer Einfuhr von Fertigwaren im Betrage von rund 2 Milliarden eine Ausfuhr von 6,6 Milliarden gegenübersteht. Aus diesen beiden Ursachen resultiert man also das Ziel, das sich unsere Wirtschaftspolitik als das wichtigste zu setzen hat: das ist die Herabsetzung der Einfuhr von Lebensmitteln und Getränken. Es steht ja zu hoffen, daß die entsprechenden Zahlen für 1926 beträchtlich niedriger sein werden angesichts der für uns günstigeren Größe des

Richtlinien der neuen Regierung Vor dem Reichstag.

Nach dem Wiedereintritt des Reichstages nimmt er sofort die Erklärung des neugebildeten und ergänzten Kabinetts Dr. Luther entgegen. Montagabend setzte das Reichskabinett seine Beratungen über die Form der Erklärung im Reichstag fort. Der Reichstag wird sich nach Entgegennahme der Regierungserklärung auf Mittwoch versetzen. Am Mittwoch soll dann die politische Aussprache beginnen, für die drei Tage in Aussicht genommen sind, so daß mit der Abstimmung über etwa eingehende Misstrauensvoten oder ein Vertrauensvotum für Freitag gerechnet wird.

Wahrscheinlich wird die Rede Dr. Luthers nicht allzulange Zeit in Anspruch nehmen, da sie in kurzem Rahmen gefaßt sein soll.

Über den Inhalt der Kanzlerrede

verlautete bereits, daß in ihrem Mittelpunkt Fragen der Außen- und der Wirtschaftspolitik stehen. Bei der Außenpolitik wird Dr. Luther auf die Besatzungsfragen im Rheinland zu sprechen kommen, ferner auf die Herabsetzung der Stärke der Besatzungsgruppen, wie sie sowohl in Locarno zwischen den Staatsmännern vereinbart und in der Rolle der Vorschäfterkonferenz vom 16. November 1925 zugesichert worden sind. Dr. Luther wird feststellen, daß Deutschland nunmehr in den Völkerverbund eintritt. Die Regierungserklärung, so wie sie sich mit der Wirtschaftspolitik beschäftigt, wird die Ziele der deutschen Handelspolitik zum Gegenstand haben und die Modalitäten der Sanierung der Welt-

Handel 1925. Und wenn man bei der Rohstoff- und Halbfabrikateinfuhr sich einmal die für die Menge angegebenen Zahlen ansieht, so findet man, daß gegenüber einer Einfuhr von 42 Millionen Doppelzentner eine Ausfuhr von 299 Millionen Doppelzentner nachgewiesen wird, während die Fertigwareneinfuhr in Mengen 13 Millionen Doppelzentner, die Ausfuhr aber 60 Millionen Doppelzentner beträgt. Das heißt nun nichts anderes, als daß wir uns industriell auf dem richtigen Wege befinden, nämlich: Bearbeitung der Rohstoffe zu Halbfabrikaten bzw. Fertigfabrikaten in weit stärkerem Maße als Wiederausfuhr von Rohstoffen. Wenn der Dezember 1925 gegen den Vormonat eine Steigerung der Lebensmittelausfuhr um 14,5 Millionen Mark aufweist, so ist es leider nur eine vorübergehende Erscheinung, die mit dem Greifbarwerden der Ernte zusammenhängt. Wir werden ja wohl nie über eine rein nationale Basis für unseren Lebensunterhalt verfügen, namentlich deswegen nicht, weil uns der Pariser Vertrag weitläufige Überschüsse der Landwirtschaftlichen Produktion nahm wir müssen deswegen noch weit stärkeres Gewicht darauf legen, die einzufließenden Lebensmittel durch verstärkte Ausfuhr von Industrieerzeugnissen wettzumachen.

Im übrigen muß auch noch daran erinnert werden, daß die ganze handelspolitische Statistik des Augenblicks unter zwei Fehlern leidet, nämlich der einen Tatsache, daß wir mit Polen im Handelskrieg stehen, zum anderen damit, daß unsere handelspolitischen Beziehungen zu Frankreich, Belgien und Italien durch die dortige Währungsinstabilität auch nicht als normal zu bezeichnen sind. Wenn diese Fehlerquellen erst beseitigt sind, ist vielleicht doch zu hoffen, daß wir zu einer wirklichen aktiven Handelsbilanz des Gesamtjahres kommen.

Die Erwiderung der Marineleitung.

Admiral Bräuninghaus spricht.

Im Untersuchungsausschuß des Reichstages über die Ursache des Zusammenbruchs setzte der sozialdemokratische Abgeordnete Dittmann sein Referat über die Unruhen in der Marine fort. Er erklärte, aus den Äußerungen hervorragender Persönlichkeiten gehe hervor, daß 1917 die Matrosenunruhen zu einer Waffe gegen die linkssozialistischen gemacht werden sollten. Diese Tendenz habe die ganzen kriegsgeschichtlichen Verfahren beherrscht. Als auf Drängen Hindenburgs und Ludendorffs das deutsche Offizierskorpsangebot herauskam, hätten die Admirale auf eigene Faust einen Flottenvorstoß gegen England geplant. Diesen hätten die Mannschaften verhindert. — Das Wort erhält darauf als Vertreter des Reichsmarinemittels Korvettenkapitän Canaris. Als dieser zu Beginn seiner Ausführungen die von Dittmann gegen die Marineleitung vorgebrachten Vorwürfe zurückzuweisen versucht, erhebt sich bei den Sozialdemokraten und Kommunisten großer Lärm, die ihm zurufen, er habe nicht zu kritisieren, sondern zu widerlegen. Korvettenkapitän Canaris erklärt darauf, daß bis zum Schluß in der Marine zwischen Offizieren und Mannschaften ein ungebrochenes Vertrauensverhältnis bestanden habe. Er werde den Nachweis liefern, daß die Abdecker der Mauer in der Flotte enge Beziehungen zu der U. S. V. hatten und daß die von dort ausgehenden Einwirkungen ihnen das Material für ihre die Disziplin untergrabende Tätigkeit geliefert hätten. Die Flotte sei überzeugt gewesen, daß ein unverzüglicher Zugriff zum Erfolge geführt hätte. Dieser Zugriff sei unterblieben und diejenigen, die ihn unterlassen hätten, trüge die Schuld. Korvettenkapitän Canaris wies dann die Behauptung zurück, daß die Todesurteile nicht gerechtfertigt gewesen seien. Der Flottenchef sei mit außerordentlicher Sorgfalt vorgegangen und habe seine Entscheidung erst nach längerer Rücksprache mit einem Mitgliede

schafft in Deutschland erörtern. Dann wird die Reichsregierung auf die Notwendigkeit der Verminderung der öffentlichen Ausgaben hinweisen und gleichzeitig bemerken, daß ein Obermaß an Steuern für die deutsche Wirtschaft nicht länger tragbar ist. Schließlich wird der Kanzler auf den geplanten Ausbau der Arbeitslosenfürsorge zu sprechen kommen. Auch eine Erklärung über Fürstenabfindung und Volkswirtschaft soll erfolgen.

Deutschland bei der Abrüstungskonferenz

Annahme der Einladung.

Die amtliche Annahme der Einladung Deutschlands zur Abrüstungsvorkonferenz, die aus dem Grunde nicht erfolgt war, weil das zurücktretende Reichskabinett es nicht für angebracht hielt, eine Maßnahme von solcher grundsätzlicher Bedeutung in diesem Stadium zu vollziehen, ist als eine der ersten Maßnahmen vom Kabinett vollzogen worden.

Deutschland hat an dem Zustandekommen der Abrüstungskonferenz und an einem positiven Ergebnis aller in dieser Richtung gehenden Bestrebungen als einzige abgerüstete Großmacht inmitten hochgerüsteter Nachbarn ein viel zu offensichtliches und selbstverständliches Interesse, bemerkt dazu die vom Außenministerium inspirierte „Deutsche diplomatische Korrespondenz“, als daß es nicht seinerseits das Menschenmögliche dazu tun würde, um der Konferenz zu einem Erfolge zu verhelfen. Im gegenwärtigen Stadium ist indes die technische Vorbereitung der Konferenz eine ausgesprochene Angelegenheit des Völkerverbundes, und Deutschland ist nicht in der Lage, ihre Entwicklung zu beschleunigen.

des Reichsmilitärgerichts gefällt. Nach der Rede des Korvettenkapitän Canaris kam es dann zu lärmenden Zwischenfällen.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Moses fragte den Kapitänleutnant, ob er identisch sei mit jenem Offizier, der im Prozeß gegen die Mörder von Liebknecht und der Rosa Luxemburg als Beiführer fungierte und der beschuldigt wird, daß er am meisten dafür tätig war, daß der Mörder Vogel flüchtig werden konnte. Korvettenkapitän Canaris erklärt, er habe zu diesen persönlichen Sachen nichts zu sagen. Er sei als Vertreter der Marineleitung anwesend und werde sich nicht auf das persönliche Gebiet begeben. Diese Erklärung rief auf der linken Seite Entrüstung hervor. Man rief Canaris: „Mörder! Helfershelfer! Heißer Lump!“ zu. Der Vorsitzende hatte große Mühe, die Ruhe wieder herzustellen. Der Kommunist Rosenberg wünschte eine Unterbrechung der Sitzung, damit man vom Reichswehrministerium einen anderen Vertreter verlangen könnte. Der Zentrumsgewählte Joss und der Demokrat Dr. Bergsträßer regten an, der Ausschuß möge über diese Fragen in einer geschlossenen Sitzung beraten. Dem Antrag wurde zugestimmt.

Darauf nahm der Admiral Abgeordneter Bräuninghaus als Korreferent das Wort, der dagegen schärfsten Einspruch erhob, daß der Abg. Dittmann in eigener Sache und einseitig eingeklinkt vor der breitesten Öffentlichkeit seine persönliche Stellungnahme wiedergeben konnte.

Kampf um eine politische Broschüre.

Eine neue Erklärung des Reichswehrministeriums.

• In den Verhandlungen des Untersuchungsausschusses, der mit der Untersuchung des militärischen Zusammenbruchs betraut ist und in dem zuletzt die Marinereisereien der Jahre 1917—1918 zur Sprache gekommen sind, ist zunächst eine Störung eingetreten. Hervorgerufen ist diese Unterbrechung durch eine Broschüre des Abg. Dittmann, der sein vor dem Ausschuß abgegebenes Referat in einer Broschüre veröffentlichte, auf deren Titel sich der Vermerk „Dargestellt nach den amtlichen Geheimakten des parlamentarischen Untersuchungsausschusses“ befindet. Mehrere rechtsstehende Abgeordnete haben an der Verbreitung der Broschüre, namentlich in dieser Form, Anstoß genommen und sich an den Reichstagspräsidenten Löbe mit dem Ersuchen gewandt, das Erscheinen des Buches zu verhindern. Präsident Löbe hat zunächst die geplante Verteilung des Wertes im Reichstag verboten, im übrigen soll sich der gesamte Untersuchungsausschuß mit der Dittmann-Broschüre beschäftigen und Beschlüsse über die weitere Behandlung der Angelegenheit fassen.

Im übrigen nimmt das Reichswehrministerium in einer Erklärung nochmals Stellung zu den Standalktionen, die sich im Untersuchungsausschuß anlässlich des Vortrages des vom Reichswehrministerium beauftragten Kapitän Canaris ereignet haben. In dieser Erklärung des Reichswehrministers Dr. Gehler heißt es:

In Übereinkunft mit dem Chef der Marineleitung hatte ich den Kommissaren des Reichswehrministeriums die Weisung erteilt, sich jeglicher Parteinahme bei Abgabe ihrer Erklärungen zu enthalten, wie dies in jahrelanger reibungsloser Zusammenarbeit mit dem Ausschuß auch bisher geschehen ist. Die Aufgabe des Reichswehrministeriums und der von ihm entsandten Kommissare kann nur sein, den Ausschuß bei Sichtung und Verwertung der Angehörigen Unterlagen zu unterstützen, damit der Ausschuß bei ihm gefällten Aufgabe, zu einem objektiven Gutachten zu gelangen, gehindert werden kann. Ich habe mich dabei in völliger Übereinkunft mit dem Ausschuß gehalten. Bevor ich weitere Kommissare zu den Verhandlungen abordnen kann, ist mir

